



Heimspiel



Im Fußballpokal kennen wir die gute Gepflogenheit, dass Mannschaften aus der Amateurliga gegen Profi-Vereine, egal wie die Auslosung war, Heimspiel haben, also einen Vorteil bekommen. Sie spielen in dem ihnen vertrauten Stadion unter den ihnen bekannten Bedingungen, sie kennen die Löcher und Delen im Rasen, die übergroße Mehrheit der Fans wollen Goliath gegen David fallen sehen. Was hat das mit unserer geplanten „Ethiktagung“ von unten zu tun?

Entscheidungs-träger in unserer Gesellschaft haben selten den direkten Kontakt zu den Menschen, über deren Schicksal sie entscheiden. Ob sie es wollen oder nicht: sie machen Menschen zu Objekten.

In den 90er Jahren in einem Hotelrestaurant: Uns bedient ein Kellner mit Klumpfuß. Damals eher unvorstellbar, weil unproduktiv, ineffektiv, einfach zu teuer. Aber dieser Kellner hatte seinen Platz in der Gesellschaft. Er wurde nicht wegen seiner Behinderung in die Spülküche verbannt, er konnte seinen Beruf ausüben. Eine solidarische Gesellschaft gibt jedem und jeder die Möglichkeit entsprechend den Fähigkeiten einen Beitrag zu leisten zum Gelingen des Zusammenlebens (Gesellschaft).

Eine solidarische Gesellschaft gibt jeder und jedem einen Platz

Eine solidarische Gesellschaft ist nicht eine, die Menschen im Wirtschaftsprozess ausgegrenzt und – auch wenn es auf hohem Niveau geschieht – versorgt, alimentiert. Zudem werden sie dann auch noch persönlich dafür verantwortlich gemacht, dass sie versorgt werden müssen. Unser Maßstab: alle wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen werden an drei Kriterien gemessen:

Was bringen sie für die Benachteiligten?
Was tun sie den Benachteiligten an?
Wie ermöglichen sie Beteiligung?

Mit diesem Maßstab bringen wir zum Ausdruck: Jede Verhaltensweise beginnt mit der Hochachtung vor dem, was in jedem Menschen ist, mit der Hochachtung vor dem, was er sich erarbeitet hat zu den bedeutenden Fra-

gen der Zeit, mit der Hochachtung vor dem, was der Geist Gottes in ihm gewirkt hat, der weht, wo er will (siehe Enzyklika „Redemptor hominis“, 12)

Sozialstaatliches Handeln muss zum Ziel haben, sozialen Ausgleich, soziale Sicherheit und soziale Beteiligung zu schaffen.

Sozialstaatliches Handeln muss zum Ziel haben, sozialen Ausgleich, soziale Sicherheit und soziale Beteiligung zu schaffen.

Deshalb: wenn wir die Menschen, die ausgegrenzt werden, denen

den Platz in der Gesellschaft vorenthalten, in die Suche nach Wegen zu einer solidarischen Gesellschaft einbeziehungen wollen, dann müssen wir damit beginnen, ihnen „Heimspiele“ zu verschaffen.

Renate Müller, Vorsitzende des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Aachen



Edditorial



Eine Ethiktagung „von unten“

Die Klagemauer von Jerusalem ist ein Rest der Umfassungsmauer des Tempels, den König Salomo um 950 vor Christus erbaut hat: als eines der 7 Weltwunder! Zweimal wurde der Tempel zerstört, 586 v. Chr. durch die Babylonier und endgültig durch die Römer im Jahr 70. Seit dem Jahr 70 klagten Juden über den Untergang des Tempels und des jüdischen Gemeinwesens. Und hier legten sie ihre Wünsche und Bitten, geschrieben auf kleine Zettel, in die Ritzen der Riesenquader der Klagemauer. Heute mischt sich in die Klagen Freude über die Erinnerung an den Tempel und darüber, dass die ehemalige Klagemauer heute wieder allen Juden (und den Touristen) gehört.

Die Klagemauer unseres Bündnisses kennen viele Leute in Aachen und Mönchengladbach, in Krefeld, Heinsberg, Düren, am Niederrhein und in der Eifel. Im Jahr 2010 haben dort viele Menschen ihre Klagen angeheftet: über Armut und Arbeitslosigkeit, ihre Hoffnungslosigkeit und die Verletzungen, die ihnen Gesellschaft und Kirche zugefügt haben. Auch Visionen für eine gerechtere Zukunft wurden angeheftet: Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Patienten, Langzeitarbeitslose, Hartz IV-Empfängerinnen und -empfänger, Menschen in ungerechten Arbeitsverhältnissen, alte Menschen, die Angst haben vor der Altersarmut. Das haben sie nicht umsonst getan! Ihre Klagen und Visionen werden weiter getragen, werden zur Geltung gebracht: in einer groß angelegten Ethiktagung „von unten“. Zunächst werden nach dem 30. Oktober Bündnisleute an die Orte der Klage und des erlittenen Unrechts gehen und mit Betroffenen reden:

in Arbeitslosenzentren, in Tagestreffs, in Kliniken, im Jobcenter und in Asylbewerberheimen, in Schulen und auch in Gefängnissen. Alle Gespräche werden gesammelt. Im Frühjahr 2013 werden sie dann in einer großen Zusammenkunft diskutiert, untereinander – und auch mit berühmten Leuten. Klagen und Visionen werden öffentlich gemacht – mit den Lösungsmöglichkeiten, die wir gemeinsam erarbeiten wollen!

Macht mit bei Ethiktagung „von unten“. Macht mit, damit die Klagemauer im Bistum Aachen nicht vergeblich erbaut wurde. Macht mit als Boten der Gerechtigkeit und tragt Klagen und Visionen ins Bewusstsein der Mächtigen, wie der Erzengel Gabriel die Klagen und Visionen der Leute in Jerusalem vor das Gesicht des Höchsten bringt. Er bleibt bei den Klagenden. Wir wollen das auch: bleiben bei allen Klagenden und allen, die (noch) Visionen haben.

Eddi Erlemann

kurz gesagt:



mörderisch lecker, mörderisch gut, mörderisch einfach

Das ist der Kochkalender 2013, den der Volksverein mit einer bunten Schar von Köchen, Krimiautoren und Fotografen jetzt vorstellte. Lassen Sie sich anregen, wenn mörderische Geheimnisse verraten werden.

Der Kalender kostet nur 10 Euro zuzügl. 2 Euro Versand. Bestellen können Sie bei: Emilie Bolten 02161/81893-0 oder e.bolten@volksverein.de Der Erlös ist für die Arbeit des Volksvereins. Aktuelle Infos auch unter www.volksverein.de/moerderisch-lecker

Autorenlesung

mit Horst Eckert, Brigitte Glaser, Thomas Hoeps, Ralf Kramp und Jutta Profijt.
31. Oktober 20:00 Uhr
Betriebsstätte des Volksvereins
Geistenbecker Str. 107

Der Draht zum Bündnisrat

Eddi Erlemann 02161/567 07 77
e.erlemann@online.de
Franz-Josef Breuer
breuerfj@hotmail.com
Hartmut Wellssow 02161/66 65 24
wellssow.bartrina@online.de
Heinz Backes 0241/45 24 75
heinz.backes@bistum-aachen.de
Johannes Eschweiler 0171/953 25 65
johannes.eschweiler@stiftung-volksverein.de
Alex Micha 02161/58 13 99
Robert Manstetten 0241/132 05
r-d@manstetten.com

Impressum

Bündnis für Menschenwürde und Arbeit
Wolfgang Fels, Tel. 02161/948 90 83
Kirchplatz 11, 41061 Mönchengladbach
www.menschenwuerde-und-arbeit.de
bureau@menschenwuerde-und-arbeit.de
Bankverbindung:
Förderverein Stiftung Volksverein MG
Sparkasse Mönchengladbach
(BLZ 310 500 00) Konto: 318 08 25
Verwendungszweck: Bündnis

10 Jahre Hartz IV-Reform

Regionale Armuts- und Arbeitsmarktkonferenz im Kreis Heinsberg

Im Jahr 2002 verkündete Bundeskanzler Gerhard Schröder die „Agenda 2010“. Unter dem Motto „Fördern und Fordern“ sollte Langzeitarbeitslosigkeit bekämpft werden. Gleichzeitig wurden vielen Arbeitslosen die Unterhaltsleistungen gekürzt. Innerhalb dieser 10 Jahre hat sich die finanzielle Situation der Arbeitslosen noch weiter verschärft.

So sind heute „Hartz IV-Empfänger“ aus der Rentenversicherung ausgeschlossen. Mit einer Veränderung der Zumutbarkeit von Beschäftigung wurden prekäre Arbeitsverhältnisse ausgeweitet.

Die Bilanz ist ernüchternd. Leiharbeit, Mini-jobs und befristete Arbeitsverhältnisse haben in den Unternehmen und Betrieben, auch im Kreis Heinsberg, ständig zugenommen. Etwa 700 Arbeitnehmer, die in Vollzeit arbeiten, sind auf ergänzende Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) angewiesen. Unter dem Deckmantel Arbeitslosigkeit verhindern zu wollen, wurde in Deutschland flächendeckend ein Niedriglohnsektor eingeführt. Statt durch Leiharbeit die Spitzenproduktionszeiten aufzufangen wurden Regelarbeitsverhältnisse verdrängt und die Leiharbeitnehmer erhielten weniger Einkommen als die normalen Beschäftigten. Lohndumping wurde damit ermöglicht und

das Recht auf menschenwürdige und gerecht entlohnte Erwerbsarbeit ausgehebelt. Zunehmend können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die eigene Existenz und die ihrer Familien nicht mehr sichern.

Der Druck auf Löhne und Einkommen geht bis heute ungehindert weiter. Die Mitglieder der „regionalen Armuts- und Arbeitsmarktkonferenz im Kreis Heinsberg“ fordern angemessene Löhne in Höhe eines gesetzlich festgelegten Mindestlohnes von mindestens 8,50 Euro pro Arbeitsstunde. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, in der jetzigen Form, sind abzuschaffen sowie gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit (equalpay) zu gewährleisten. Leiharbeit soll auf die ursprüngliche Funktion zurückgeführt und ausschließlich zur Abfederung von Spitzenproduktionen genutzt werden. Modelle zur Arbeitszeitverkürzung und ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt sind zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit notwendig.

Die Mitglieder der „regionalen Armuts- und Arbeitsmarktkonferenz im Kreis Heinsberg“ fordern alle auf, mit gutem Beispiel voran zu gehen und „gute Arbeit für ein gutes Leben“ zu fördern.

*Karin Buchholz, Johannes Eschweiler,
Karl Panitz, Sprecher RAAK*

Es tut gut, von Euch zu hören!

Die Redaktion des Bündnisbriefes bittet die LeserInnen um Rückmeldung

Bereits seit November 2007 geben wir den „Bündnisbrief“ heraus. In dieser Zeit gab es fast keine Rückmeldungen, Kommentare, Beiträge oder Vorschläge von den LeserInnen. Das kann bedeuten, dass man mit unsrer Publikation zufrieden ist, oder, dass man sie uninteressant findet. Wir brauchen Anregungen, Lob oder Kritik, um eine gute Basis für die Weiterarbeit zu haben! Kurz und gut: Wir freuen uns auf Euer „Feedback“! [bureau@menschenwuerde-und-arbeit.de]

[Das Redaktionsteam Alex Micha, Johannes Eschweiler, Wolfgang Fels



Solidarität mit Griechenland

Das verzerrte Bild über Griechenland muss korrigiert werden

Um dem von der Springer-Presse verbreiteten Bild der faulen und verwöhnten Griechen Fakten entgegen zu stellen, führten in Krefeld am 13. 9. der DGB Stadtverband, die IG Metall und das Sozialbündnis einen Informationsabend durch.

Hauptreferentin des Abends war die griechische Journalistin Natalia Sakkatou. Sie schilderte aus eigener Erfahrung die Not der Menschen. Ziel der Troika schein es zu sein, dass Arbeit in Griechenland nicht mehr kostet als in der 3. Welt. Das Gesundheitssystem liegt am Boden. Gleichzeitig werden die Steuern erhöht. In die Krise geführt haben 20 Jahre Pasok-Regierung und 16 Jahre Nea Dimokratia. Nun sollen beide gemeinsam Griechenland aus der Krise führen? Die Ausweglosigkeit der Situation bringt viele Menschen dazu,

extrem rechte oder linke Parteien zu wählen. In Ermangelung einer „großen“ Lösung versuchen die Menschen Aktionen im Kleinen, z.B. Naturalwirtschaft. Gewünscht wird so etwas wie „Fair Trade“ für griechische landwirtschaftliche Produkte, aber das wird von der EU nicht erlaubt.

Einzelne Initiativen versuchen, die Privatisierung öffentlichen Eigentums zu verhindern, z.B. ein Wasserwerk, das auch von hier aus mit kleinen Spenden unterstützt werden kann. Die authentische Schilderung von Natalia Sakkatou löste bei den ZuhörerInnen große Betroffenheit und den Wunsch zu helfen aus. Ebenso wurde die Befürchtung geäußert, dass das, was den Griechen jetzt passiert, auch uns bevorstehen könnte.

[Uli Knur, Sozialbündnis Krefeld